



SPE-Ratsbeschluss #Progressive Europe/Renewal

*Am 24. November 2017 vom SPE-Präsidium genehmigt
Verabschiedet durch den SPE-Rat in Lissabon am 1. Dezember 2017*

Die Zukunft der Europäischen Union wird in den nächsten Jahren von einer Reihe wichtiger Entscheidungen geformt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen die progressiven Kräfte mit einer klaren Vision und Strategie anführen, um die vor uns liegenden Herausforderungen anzugehen, mit stärkeren europäischen Lösungen, die die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ansprechen, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen, soziale Ungleichheiten, Klimawandel und Sicherheit. Konservative und neoliberale Kräfte haben die EU an den Rand des Abgrunds und des Auseinanderbrechens gedrängt, populistischen, fremdenfeindlichen und nationalistischen Kräften nacheifernd, die behaupten, dass wir wieder zu nationalen Grenzen und egozentrischen Lösungen zurückkehren müssen.

Die Unterschiede zwischen der Linken und Rechten über die Zukunft Europas sind größer als je zuvor. Deshalb müssen progressive Parteien zusammenarbeiten. Es hat in der Vergangenheit funktioniert und funktioniert auch heute in Portugal.

Daher sind wir froh darüber, zu einem so wichtigen Zeitpunkt für Europa und unsere politische Familie, von der Regierung von Premierminister Costa nach Lissabon zu diesem Rat der Sozialdemokratischen Partei Europas eingeladen worden zu sein.

Unser Kontinent befindet sich in einer Zeit tiefer Unsicherheit und starker Polarisierung sowie einer politischen Szene, die mehr und mehr zersplittert. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen nach höherer Lebensqualität und mehr Schutz hinsichtlich Sicherheit, Arbeit und sozialen Rechten. Wir haben diese Ziele stets verteidigt und vorangetrieben. Die SPE war immer an vorderster Front im Kampf diese in handfeste Maßnahmen in Europa umzusetzen. Unsere politische Familie war in der Vergangenheit diejenige, die darum gekämpft hat, Marktkräfte unter Kontrolle zu bringen und die effiziente Sozialstaaten organisiert hat. Wir sind stolz auf diesen Kampf und müssen diesen auch in unseren Städten, Regionen, Ländern und in ganz Europa fortsetzen. Unsere Werte von Fortschritt, Freiheit, Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundlage unseres Engagements und garantieren eine bessere Zukunft für alle. In den letzten Jahren haben wir, die Sozialisten, gegen die verheerenden Auswirkungen liberaler Austeritätspolitik gekämpft. Allerdings haben die sozialen Auswirkungen der Krise Nationalismen hervorgebracht, die nicht nur unseren sozialen Fortschritt gefährden, sondern das gesamte europäische Projekt. Wir wollen dem Aufstieg des Populismus, Nationalismus und Extremismus in unseren Ländern ein Ende bereiten, indem wir deren Grundursachen angehen.

Wir haben uns heute hier zusammengefunden, um zu bekräftigen, dass diese Debatte über die Zukunft Europas grundlegend ist, und dass wir bereit sind, dabei eine zentrale Rolle einzunehmen. Um auf die aktuellen Herausforderungen unseres Kontinents mit langfristigen Perspektiven reagieren zu können, haben wir einen wichtigen Reflektionsprozess innerhalb der hochrangigen SPE-Arbeitsgruppe über die Zukunft Europas angestoßen. Es ist für unsere politische Familie unerlässlich, uns an unsere traditionellen Werte und Errungenschaften zu halten und sie auf die heutige und morgige Welt zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu übertragen.

Eine fortschrittliche Europäische Union ist absolut notwendig, um in einer globalisierten Welt zum Schutz aller beizutragen. Wir möchten, dass die EU als Partner ihrer Bürgerinnen und Bürger und Mitgliedsstaaten fungiert. Als SPE, gemeinsam mit unseren Premierministerinnen, Premierministern und Führerinnen, Führern, unseren Parlamentarierinnen, Parlamentariern Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern, örtlichen Vertreterinnen, Vertretern und Partnerinnen, Partnern aus der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, möchten wir eine fortschrittliche Erneuerung Europas, die uns folgendes bringt:

1. Arbeit und starker sozialer Schutz für alle

Für uns bedeutet das in erster Linie, dass jeder in Europa von angemessenen Löhnen und Arbeitsbedingungen profitiert und eine gute Work-Life-Balance genießt, einschließlich dem Recht abschalten zu können. Europa muss daher für eine Festlegung allgemeingültiger Regeln für angemessene Arbeitsbedingungen und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sorgen, mit richtigen Verträgen und echtem Zugang zu sozialem Schutz, für alle Erwerbsformen. Es muss noch viel geleistet werden, um die Unterschiede zwischen Nord und Süd, dem Osten und Westen zu überbrücken und die Arbeitsbedingungen EU-weit zu harmonisieren, um für bessere Sozialstandards zu sorgen. Unser höchstes Ziel ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu stärken, indem wir für eine wahre soziale und wirtschaftliche Annäherung sorgen.

Wir schlagen einen Solidaritätspakt für Europa vor. Um das Leben der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern und unsere Wirtschaftsräume zu stärken, ist es wichtig, einen schnelleren Lohnanstieg zu erreichen. Damit jeder einen ordentlichen Lebensstandard genießen kann, werden wir das Ziel eines Mindestlohns über der Armutsgrenze, der gesetzlich oder durch Tarifverhandlungen festgelegt wird, europaweit in der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU etablieren. Wir möchten alle Unternehmen dazu zwingen, ihren Verpflichtungen gegenüber Arbeitern und Arbeiterinnen nachzukommen und ihren fairen Anteil für die Gesellschaft zu leisten und alle Arten von Sozial- und Steuerdumping zu vermeiden, sei es durch geografische, digitale oder andere Möglichkeiten. Wir möchten Null-Stunden-Verträge auf unserem Kontinent verbieten. Wir wollen die effektive Umsetzung gerechter Regeln für die Mobilität von Arbeitskräften, durch die Unterstützung einer Europäischen Arbeitsbehörde mit echter Verfügungsmacht und Durchsetzungsvermögen, erreichen. Diese muss die nationalen Praktiken und die Rolle der sozialen Partner in den einzelnen Mitgliedsstaaten respektieren. Wir bekennen uns auch weiterhin zu unserem Europäischen Jugendplan. Die Europäische Jugendgarantie muss erweitert und durch zusätzliche Mittel ab 2020 gestärkt werden, um eine homogene Umsetzung in allen Mitgliedsstaaten zu sichern sowie um für gleiche Chancen für alle jungen Menschen zu sorgen. Wir planen, allen jungen Menschen in Europa Zugang zu Bildung und ein erweitertes Erasmus-Programm zu ermöglichen, das niemanden wegen seines wirtschaftlichen Hintergrunds oder seiner Mittel ausschließt. Wir möchten allen durch einen Europäischen Kulturpass Zugriff auf Kultur ermöglichen. Unsere Familie war die erste Partei, die dies vorgeschlagen hat. Unser Plan sieht eine Europäische Kindergarantie vor, mit der sichergestellt werden soll, dass jedes Kind universellen Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsvorsorge, Kinderbetreuung, Bildung, einer angemessenen Unterkunft und Ernährung hat.

Wir möchten ebenso allen bezahlbare Gesundheitsversorgung, eine erstklassige Bildung und lebenslanges Lernen ermöglichen. Dies bedeutet, dass wir die Umsetzung der Säule der Sozialen Rechte, die beim Göteborg Social Summit proklamiert wurde, der von der schwedischen Regierung veranstaltet und von SAP geleitet wurde, mit einen umfassenden Sozialen Aktionsplan verfolgen, der der Säule die Mittel gibt ihre Ziele zu erreichen. Die Digitalisierung fordert uns dazu heraus, die Zukunft der Arbeitsabsicherung, die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Bildung neu zu denken. Wir wollen für Gleichheit im virtuellen Raum kämpfen, insbesondere durch Netzneutralität. Dies beinhaltet, dass starke Gewerkschaften mit leistungsstarken Tarifverträgen als zentrale Säule unserer Gesellschaften fungieren. Es bedeutet auch, die Förderung hochwertiger öffentlicher

Dienstleistungen, die für einen effektiven Zugang zu Sozialwohnungen, öffentliche Gesundheit, frühzeitiger Zugang zu bezahlbarem, vor- und fürsorgendem Gesundheitswesen von hoher Qualität und grundlegenden Dienstleistungen sorgen. Da jeder gegen die Gefahren des Lebens geschützt werden sollte, müssen starke Sicherheitsnetze zur Verfügung gestellt werden, die für Einkommenssicherheit und Gesundheitsschutz für alle sorgen.

2. Faire wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand für alle.

Dies erfordert, dass wir Wirtschaftsräume aufbauen, die nachhaltig sind, Gleichheit fördern und für Stabilität und Wohlstand für alle sorgen. Daher kämpfen wir seit langem dafür den neoliberalen Ansatz umzukehren, der Ausgaben kürzt und soziale Rechte unter dem Vorwand einschränkt, dass dies für die Schaffung von Wachstum notwendig sei. Wir müssen die Austeritätspolitik umkehren und klar machen, dass die Trickle-Down-Theorie ganz einfach deshalb nicht funktioniert, da sie nur einigen wenigen Wohlstand beschert und gleichzeitig viele verarmen lässt, was der Stabilität unserer Sozialstaaten zusetzt und sogar unsere Zukunft bedroht. Unser Projekt bedeutet die Investition in eine bessere Lebensqualität für alle. Es bedeutet die Priorisierung wirtschaftlichen Wachstums, der Beschäftigung sowie öffentlicher als auch privater Investitionen. Es bedeutet, dass das Europarecht dafür sorgen muss, dass weder grundlegende wirtschaftliche Freiheiten noch Wettbewerbsregeln Vorrang vor fundamentalen sozialen Rechten haben., Dies muss in den Grundwerten der EU-Verträge festgelegt werden. Es bedeutet, dass der Wohlstand, der durch Globalisierung und Handel hervorgegangen ist, gerechter verteilt werden muss. Es bedeutet eine effiziente, inklusive und demokratische EMU- und Eurozone, die für Solidarität steht.

Die Europäischen Fiskalregeln wurden zu lange restriktiv interpretiert, was die Fähigkeit der Länder zu Investitionen und Wachstum eingeschränkt und soziale Rechte untergraben hat. Diese Fiskalregeln entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen unserer Gesellschaften. Sie müssen überarbeitet werden, um fiskale Spielräume und höhere Investitionen in nachhaltige Entwicklung zu fördern und zu ermutigen. Wir benötigen eine einfachere und transparentere Umsetzung, um die Nachhaltigkeit, Vorhersehbarkeit und gleiche Behandlung von Budgets sowie den Wohlstand unserer Gesellschaften zu sichern.

Wir müssen auch die Gesetze für Steuerhinterziehung und Betrug verschärfen. Die „Paradise Papers“, die von der ICIJ veröffentlicht wurden sind eine weitere Erinnerung an die Dringlichkeit, Steuer-Schlupflöcher zu schließen und gegen Steuerbetrug, Steuerflucht und Steueroasen vorzugehen. Wir können nicht zulassen, dass der Europäische Raum von juristischen Personen und Unternehmen, digital oder nicht, dazu ausgenutzt wird, den gerechten Anteil nicht zu bezahlen. Steuertransparenz ist der Schlüssel dazu. Jedes Jahr gehen 1 Billion Euro durch Steuerbetrug und Steuerflucht verloren. Jeder Euro, der geschuldet aber nicht bezahlt wird, ist ein Euro, der von den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Arbeitslosen und den Kranken gestohlen wird. Gewinne sollten dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Daher unterstützen wir die Abstimmung von Steuerpolitiken mit dem Aufbau einer gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftsteuer, einschließlich der Besteuerung von digitalen Riesen, der so genannten GAFA-Steuer (Google/Amazon/Facebook/Apple). Um das Netz vollständig zu schließen, müssen wir auch ein multilaterales Steuerabkommen für den automatischen Austausch von Steuerinformationen schaffen, so dass alle Finanzinstitutionen, Treuhandfonds und Stiftungen sowie die letztendlich Begünstigten in der EU verpflichtet sind, Berichte zu erstatten. Wir müssen die öffentliche länderbezogene Berichterstattung stärken; stärkere Sanktionen für Banken, juristische Personen und Einzelpersonen entwickeln, die bei Steuerbetrug oder Steuerflucht behilflich sind; eine Schwarze Liste der Steueroasen sowie eine Liste der nicht-kooperierenden Gerichtsbarkeiten erstellen; außerdem müssen wir Whistle-Blowern vollen Schutz gewähren. Wir unterstützen auch die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer, so dass der Finanzsektor seinen fairen Anteil an der Gesellschaft leistet.

Die SPE fordert der Europäischen Union die Mittel zu geben seine Bürgerinnen und Bürger vor finanziellen und wirtschaftlichen Krisen zu bewahren. Wir werden die Bankenunion vervollständigen, um sicherzustellen, dass die Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger bei den Banken sicher sind. Wir werden für größere finanzielle Garantien sorgen, die es der Union ermöglichen, unsere Banken und Wirtschaftsräume im Fall einer Finanzkrise zu sichern.

Die Länder der Eurozone müssen mehr solidarische Maßnahmen und Mechanismen , sowie ein Eurozonen-Budget fördern, mit dem wirtschaftliche und soziale Ziele gleichzeitig vorangetrieben werden, um Aufwärtskonvergenz zu erzielen. Diese Schritte müssen zur Transformation des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfond (EMF) führen, der dem doppelten Zweck der Förderung der Stabilität sowie der Solidarität dient und auf wachstumsfreundlichen und sozial sensiblen Gesetzen basiert, die sich an der Gemeinschaftsmethode orientieren.

Die SPE zielt darauf ab, vollständige demokratische Rechenschaftspflicht und Verantwortung in europäischen, wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und der Funktionsweise der Eurozone zu etablieren. All diese Änderungen und deren legislativen Verfahren müssen das Europäische Parlament, als einzige direkt gewählte Europäische Institution, vollständig einbinden, indem ihm ein Mitentscheidungsrecht gewährt wird. Die Rolle nationaler Parlamente sollte ebenfalls gestärkt werden, damit sie sich die Reformen zu eigen machen. Vor allem die Eurogruppe kann nicht länger als informelle Institution ohne parlamentarische Aufsicht belassen werden. Sie benötigt eine, einen dauerhafte, dauerhaften Präsidentin, Präsidenten, eine, einen europäische, europäischen Finanzministerin oder Finanzminister, die/der auch Mitglied der Europäischen Kommission ist, und dem Europäischen Parlament vollständig untersteht.

Wir bekämpfen Ungleichheiten zwischen und in den Regionen. Wir bestehen darauf, dass Zusammenhalt und Annäherung eine zentrale Säule des europäischen Projekts sind. Daher müssen diese in finanzieller Hinsicht im nächsten MFF, über 2020 hinaus eine Priorität bleiben. Das bedeutet, dass sie über mindestens den selben Anteil am Budget verfügen müssen, wie bisher. Es muss eine Politik bleiben, die allen Ländern und Regionen der EU zu Gute kommt, reichen wie ärmeren, und gleichzeitig diejenigen Regionen und Menschen in den Vordergrund stellt, die am stärksten auf Hilfe angewiesen sind. Um in der Lage zu sein, die effektive Politik des Zusammenhalts und der Annäherung fortzusetzen und, ganz allgemein eine effiziente Europapolitik durchzusetzen, ist es wichtig, dass die EU über ein erhöhtes Budget verfügt, dass ihren Ambitionen gerecht wird. Die Festlegung des EU-Budgets ist keine technische Übung, sondern eine klare Festlegung der politischen Prioritäten. Um langfristig bessere Haushaltsstabilität und Stimmigkeit zu erreichen, müssen wir den Anteil der Beiträge der Mitgliedsstaaten zum EU-Haushalt verringern, und durch direkte Finanzquellen ersetzen und stärken (so genannte „Eigene Ressourcen“).

3. Lebendige Demokratien mit vollständiger Gleichheit der Geschlechter, frei von Diskriminierung.

Die SPE setzt Ihren Kampf für den Aufbau vielfältiger und offener Gesellschaften fort, die frei von Diskriminierung sind und in denen Vielfalt respektiert und willkommen ist, und in denen für alle die selben Rechte und Pflichten herrschen. Wir glauben an eine starke Zusammenarbeit zwischen den Menschen, Regionen und Ländern und sind vom Wiederaufleben nationalistischer und separatistischer Tendenzen in Europa alarmiert. Europa braucht mehr Solidarität, nicht mehr Grenzen. Wir kämpfen auch für Gesellschaften, in denen die personenbezogenen Daten jedes europäischen Bürgers und Bürgerin geschützt werden, und in denen digitale Riesen genau im Auge behalten werden. Dies bedeutet eine Stärkung der europäischen Demokratie, was das Kernprinzip unserer politischen Familie ist. Wir möchten die Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen stärken. Wir müssen unser Engagement mit unseren Bürgern und Bürgerinnen und Zivilgesellschaften verstärken und die Mechanismen unterstützen,

welche den Rechtsstaat schützen. Dies ist vor allem in Zeiten wichtig, in denen die Rechtsstaatlichkeit untergraben wird, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich von der Politik entfremden, in denen Fehlinformationen und Fake News Realität geworden sind, in denen die fundamentalen Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürgern in Gefahr sind. Wir verpflichten uns auch weiterhin dazu dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten eine fundamentale Rolle bei der Politikgestaltung und beim Umgang mit Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit zu geben.

Die SPE arbeitet mit allen Mitgliederinnen und Mitgliedern zusammen, um die Europawahl 2019 zu einem Erfolg werden zu lassen. Wir bekennen uns weiterhin dazu, dass wir mit unseren, unserer gemeinsamen Spitzenkandidat, Spitzenkandidatin für den Posten des Präsident, Präsidentin der Europäischen Kommission antreten werden. Diese Idee wurde zum ersten Mal vor der Europawahl 2014 von unserer politischen Familie vorgeschlagen. Unsere Spitzenkandidatin unser Spitzenkandidat wird intern in einem offenen, transparenten Partizipationsprozess ausgewählt. Diejenige, derjenige Spitzenkandidatin, Spitzenkandidat einer politischen Familie, der/die in der Lage ist, eine Mehrheitskoalition im Europäischen Parlament entsprechend einer gemeinsamen politischen Roadmap zu bilden, sollte die/der nächste Präsident, Präsidentin der Europäischen Kommission werden. Um die europäische Dimension dieser Wahlen noch weiter zu stärken, möchten wir Möglichkeiten ausloten, paneuropäische Wahllisten einzuführen, welche zumindest teilweise, auf den 73 freien Sitzen beruhen könnten, die nach dem Austreten der UK MEPs nach dem Brexit entstehen. Um europäische Staatsbürgerschaft wahr werden zu lassen, wollen wir es EU-Bürgerinnen und –Bürgern bei allen Wahlen (auf regionaler und lokaler Ebene) ermöglichen, zu wählen, wo sie leben. Darüber hinaus möchten wir neue Partnerschaften mit Fortschrittlichen und Grünen bei Themen aufbauen, bei denen wir gemeinsame Vorstellungen haben.

In der heutigen Gesellschaft ist die Diskriminierung nach Geschlechtern nicht hinnehmbar. Es ist notwendig, eine Gleichstellungsstrategie für die EU voranzutreiben, an die sich alle EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten halten müssen. Das bedeutet, mit effektiven Maßnahmen wie Pay Gap Audits und nationalen Tarifverhandlungen dafür zu kämpfen, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle jährlich um 2% gesenkt wird. Es bedeutet auch die Ausarbeitung einer umfassenden EU-Strategie, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beenden, das in der EU momentan bei etwa 40 % liegt. Es bedeutet auch, Druck auf alle Länder auszuüben, in der EU und darüber hinaus, das Istanbul-Abkommen zu ratifizieren und umzusetzen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, welche noch immer eine von drei Frauen weltweit betrifft.

Es bedeutet auch, ein ehrgeizigeres Work-Life-Balance-Paket zu fordern, welches Politiken enthält, die für einen ausgeglichenen und flexiblen Mutterschafts-, Vaterschafts-, Eltern-, und Pflegeurlaub sowie für bezahlbare, hochwertige und entgegenkommende Pflegedienste für Kinder und Angehörige (z.B. Altenpflege) sorgen. Dies ist die einzige Art, wie wir wahrhaft für Gleichberechtigung beim Zugang und der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und für eine gleiche Beteiligung der Väter am Familienleben sorgen können. Es bedeutet die unablässige Förderung der sexuellen Gesundheit und der Fortpflanzungsrechte, einschließlich dem Zugang zu sicherer und legaler Abtreibung für alle Frauen in der EU.

Es bedeutet, sexueller Belästigung und Gewalt unter den Geschlechtern ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, welche weltweit jährlich tausende von Frauen tötet. Wir treten für Null-Toleranz für Missbrauch ein und für präventive öffentliche Gesetze mit ausreichend Ressourcen, um dieses Problem zu bekämpfen und die Opfer zu schützen. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine durchgehende Gleichstellungsorientierung mehr als nur wichtig. Jeder Schritt im politischen Entscheidungsprozess muss einen ausgewogenen Anteil von Frauen und Männern berücksichtigen, um auf Gleichstellungsfragen reagieren zu können. Der Kampf gegen den illegalen Menschenhandel zu sexuellen Zwecken von Frauen und Mädchen und das Ende dieses lukrativen Markts muss eine Priorität in Europa werden.

Darüber hinaus muss für die volle Anerkennung und umfassenden Rechte von LGBTI-Menschen in allen Bereichen der Wirtschaft, des sozialen und Privatlebens gekämpft werden. Dies bedeutet den Aufbau eines Europas, in dem Gleichheit und Nicht-Diskriminierung von einer Gesetzgebung zur Geschlechtergleichstellung in allen Lebensbereichen unterstützt werden und dass die geschlechtliche Identität ausdrücklich in allen relevanten EU-Instrumenten abgedeckt ist. Es bedeutet auch eine EU-weite Rechtsprechung gegen Hassverbrechen, gleiche Behandlung bei der Anwendung der Bewegungsfreiheit für LGBTI-Familien und vollständigen Respekt für das grundlegende Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen.

4. Grüne, sichere und zusammenhaltende Gesellschaften

Unsere politische Familie muss der Vorreiter einer gerechten Energiewende sein und das Recht der Europäerinnen und Europäer verteidigen in einer gesunden und nachhaltigen Umwelt leben zu können. Die Erderwärmung und sämtliche sich daraus ergebenden Folgen bedrohen das Wohlbefinden und die Lebensweise von Millionen von Menschen in Europa und weltweit. Entgegen des allgemeinen Konsens über die Gefahren des Klimawandels, blockieren Rechtsextreme und eine Mehrheit der rechten Parteien Maßnahmen, die zu Fortschritten bei diesem Thema führen würden. Für Sozialisten und Progressive gibt es nur einen Weg: Europa muss grüner und nachhaltiger werden. Das Pariser Klimaschutzabkommen, das dank der Führung der damaligen sozialistischen Regierung in Frankreich zustande gekommen ist, ist unsere Richtschnur im Kampf gegen den Klimawandel und wir sind uns im Klaren darüber, dass auf EU-, nationaler, regionaler und örtlicher Ebene viel mehr getan werden muss, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, die globale Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten. Gemäß der Erklärung „21 Progressive Proposals for COP 21“, welche wir gemeinsam am 21. Oktober 2015 in Paris verabschiedet haben, wiederholen wir unsere Forderung nach der Einführung eines europäischen Systems zur Besteuerung von Kohlenstoff, welche den Preis pro Tonne Kohlenstoff auf 50 € pro Tonne für 2020 und auf 100 € pro Tonne bis 2030 vorsieht. Wir möchten, dass die EU ein formelles und verpflichtendes Ziel setzt, um die Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig und gerecht zu dekarbonisieren, mit einer klaren Strategie für die benötigten wirtschaftlichen, sozialen und umweltschutzpolitischen Veränderungen, einschließlich eines Fonds für einen gerechten Strukturwandel für die Regionen, die ihn am nötigsten haben. Mit dem richtigen Rahmenwerk kann diese enorme Herausforderung auch Quelle für viele neue hochwertige Jobs und Geschäftsmöglichkeiten in der grünen Wirtschaft darstellen. Die Investition in den Einsatz sauberer Energien und Energiesparmaßnahmen ist für die Schaffung einer nachhaltigen Zukunft entscheidend. In einem gerechten Strukturwandel werden wir den Kampf gegen den Klimawandel zu einer Agenda für soziale Gerechtigkeit und die Modernisierung unserer industriellen Basis machen.

Auf einer anderen Ebene steht Europa neuen Gefahren gegenüber, von denen wir dachten, dass sie bereits verschwunden seien. Radikalismus und Extremismus sind für Terroranschläge in mehreren Städten unseres Kontinents verantwortlich. Diese Gefahren sind real und können am besten angegangen werden, indem die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und den Exekutivbehörden der EU sowie mit unseren internationalen Partnern verbessert wird. Unter den unterschiedlichen Initiativen hin zu einem stärker integrierten europäischen Ansatz, stimmt die SPE zu, die Überlegung des Aufbaus eines Europäischen Ermittlungs- und Geheimdienstes einzuleiten, um terroristischen und transnationalen Verbrechen nachzugehen und zu verfolgen.

Die SPE hebt hervor, dass diese Bemühungen Hand in Hand gehen müssen mit der Verteidigung der grundlegenden Freiheiten und Rechte, die auch eine Bedingung für echte, anhaltende und gerechte Sicherheit sind. Zwangsmaßnahmen sind notwendig, stellen aber nur eine Seite der Gleichung dar und müssen durch effiziente Programme und Politik vervollständigt werden, die auf die Prävention und auf den Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung abzielen, sowie auf eine Stärkung der Integration und der sozialen Einbindung durch Bildung und Politik für sozialen Zusammenarbeit.

5. Ein Europa, das eine gemeinsame Vorstellung und gemeinsame Handlungen in der Welt teilt.

Die EU steht mehreren Herausforderungen gegenüber, welche die globale Stabilität gefährden und die nur durch langfristige und ganzheitliche Außenpolitik angegangen werden können. Der Erweiterungsprozess stellt eine strategische Investition in Frieden, Demokratie, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität in Europa dar. Dies bedeutet, dass die EU weiterhin die europäische Perspektive von Kandidatenländern unterstützt und positive soziale und wirtschaftliche Reformen fördert, um die Anpassungsfähigkeit der Region zu verbessern, und daher Europas eigene Sicherheit garantiert. Die EU muss größere Verantwortung für ihre Sicherheit und Verteidigung übernehmen, um sowohl ihre Bürgerinnen und Bürger und Interessen besser zu schützen, als auch um größeren Einfluss in der Welt auszuüben, indem sie ihr großes Potential bei der Arbeit an globalen Herausforderungen nutzt und globale Normen auf progressive Weise beeinflusst. Dazu gehört, Verantwortung für die Entwicklungen in der europäischen Nachbarschaft zu übernehmen, da wir die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten, schlechten Regierungen, Armut und Klimawandel außerhalb der EU erkennen können. Die Hauptherausforderung für die Europäische Union liegt in Afrika und im Mittelmeerraum. Die Zukunft unseres Kontinents entscheidet sich auch im Umgang mit Afrika: nicht nur was die Immigration betrifft, sondern auch in den Bereichen Entwicklung, Handel und Energie. Daher unterstützt die SPE den Vorschlag der italienischen Regierung, die von progressiven Kräften angeführt wird, und als „Migration Compact“ bekannt ist. Zusammenarbeit, Entwicklung, Sicherheit und Steuerung der Migration hängen von der Fähigkeit der Europäischen Union und deren Mitgliedsstaaten ab, einen globalen Ansatz für diese Herausforderungen zu entwickeln. Geflüchtete und Asylsuchende bitten um Hilfe. Trotz einiger Fehlschläge, diese Herausforderungen ordentlich anzugehen, müssen die Mitgliedsstaaten ihre Reaktion auf das Problem verbessern und sich untereinander, und gegenüber den Ländern solidarisch zeigen, welche die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben und gegenüber den Asylsuchenden selbst. Außerdem muss eine ordentliche, funktionierende und auf Solidarität beruhende Reform des Dublin-Systems durchgeführt werden. Es ist wichtig, über eine Europäische Strategie zu verfügen, welche die Ursachen der Migration durch ordentliche Entwicklungshilfe und der Förderung der universellen Menschenrechte und internationaler Gesetze fördert, vor allem in Ländern auf dem afrikanischen Kontinent und im Mittleren Osten. Diese Strategie muss es ermöglichen, dass Migrantenströme kontrolliert durch effektive Grenzkontrollen sowie durch den Aufbau neuer und sicherer legaler Wege für Migranten und Flüchtlinge gelenkt werden können. Wir bestehen vor allem auf dem umfassenden Schutz von unbegleiteten Minderjährigen. Wir erkennen die besonderen Herausforderungen an, denen LGBTI-Flüchtlinge und Asylsuchende gegenüber stehen und erwarten, dass Schritte eingeleitet werden, welche diese in den Flüchtlings- und Asylpolitiken der EU, der Mitgliedsstaaten und anderen europäischen Ländern ansprechen. Es ist wegen des erhöhten Risikos geschlechtsspezifischer Gewalt auch wichtig, eine deutliche Geschlechterdimension einzuführen, sowie Geflüchteten psychologische Hilfe zukommen zu lassen. Europa muss seinen internationalen Verpflichtungen der Gewährung von Asyl nachkommen und gut verwaltete Migration und auf inklusive Gesellschaften durch effektive Integrationspolitik hinwirken.

Die EU muss über eine starke und deutliche Rolle in der globalen Ordnung verfügen, mit festgelegten Zielen, innovativen Mitteln und neuen Partnern, die über die traditionellen hinausgehen. Mitgliedsstaaten müssen ihre finanziellen Beiträge zu europäischen Verteidigungsprojekten erhöhen. Dies sollte nicht auf Kosten von anderen Ausgaben, wie Jugend, Kohäsionspolitik und Beschäftigung gehen. Daher unterstützen wir auch die Globale Strategie der Europäischen Union, die von der Hohen Vertreterin der Europäische Union für die Außen- und Sicherheitspolitik vorgelegt wurde und die Entwicklung einer Europäischen Verteidigungspolitik mit einer ehrgeizigen und inklusiven ständigen strukturierten Zusammenarbeit für Sicherheit und Verteidigung (Permanent Structured Cooperation, PESCO), der Verstärkung des Europäischen Hauptquartiers und der

Stärkung unserer Verteidigung vorsieht. Wir arbeiten auch weiter in Europa und weltweit an der Förderung des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte, der regionalen Zusammenarbeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Umsetzung Nachhaltiger Entwicklungsziele und des Pariser Abkommens zum Klimawandel. Wir glauben, dass der Multilateralismus der beste Weg zu einer sicheren, fairen und globalen Governance ist. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Zukunft mit der Zukunft der übrigen Welt verbunden ist, vor allem durch unsere erneuerte Partnerschaft mit Afrika und dem Mittleren Osten, bei der wir die faire, soziale Entwicklung auf diesem sich rasch wandelnden Kontinent unterstützen möchten, und auch Lateinamerika als Schlüsselpartner und strategischen Partner in Betracht ziehen, um gemeinsame globale Herausforderungen anzugehen. Der Handel stellt ein wichtiges Instrument zur Förderung unserer Wirtschaft und unserer Werte dar. Daher möchten wir sicherstellen, dass die EU-Werte, unsere sozialen und umweltrechtlichen Normen und Prinzipien die Globalisierung formen und das ist auch der Grund, warum wir der Meinung sind, dass Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit im Zentrum aller EU-Außenpolitik stehen müssen, einschließlich in der Handelspolitik. Der Freihandel hat historisch betrachtet eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Wachstum und Wohlstand auf dem Europäischen Kontinent gesorgt und es ist ein wichtiger Teil bei der Zusammenarbeit der EU. Heute müssen Handelsvereinbarungen zwischen Europa und Drittstaaten zu Wachstum und Wohlstand zwischen den Handelspartnern führen und gleichzeitig den Schutz der Konsumenten, der Arbeits- und Umweltbedingungen verbessern. Handelsvereinbarungen müssen transparenter und verantwortlicher sein, um deren wahre Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Umwelt und den Lebensstandard zu beurteilen. Verhandlungen sollten offen für demokratische Beratung seitens Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft sein, um sicherzustellen, dass die notwendigen Änderungen durchgeführt werden, um bestehende Sorgen anzusprechen (öffentlicher Dienst, soziale und umweltrechtliche Standards, Schutz von Investitionen). Sozialisten und Demokraten sollten eine faire und fortschrittliche Agenda für Handelsverträge auf globaler Ebene setzen.

6. Erneuerungen unserer Politik und unserer sozialdemokratischen Parteienfamilie

Als Sozialdemokraten, Sozialisten und Progressive haben wir in den letzten Jahren wichtigen Fortschritt für größere Gleichheit, wirtschaftliche Innovation und für die Demokratie in Europa und den EU-Mitgliedsstaaten erreicht. Wir möchten auf diesen Erfolgen mit fortschrittlicher Politik im Interesse der Menschen aufbauen. Wo auch immer wir politische Verantwortung übernehmen - in der EU, in den EU-Mitgliedsstaaten, in den örtlichen Kommunen - verpflichten wir uns zu diesem Ziel. In einigen EU-Mitgliedsstaaten musste unsere sozialdemokratische Parteienfamilie jedoch eine Reihe schmerzhafter Wahldebakel hinnehmen, sodass wir nicht mehr einfach wie gewohnt weitermachen können. Aufbauend auf unseren Werten, unserer erprobten Zusammenarbeit in der Sozialdemokratischen Partei Europas und auf dem bereits erzielten politischen Erfolgen, arbeiten wir an einer progressiven Erneuerung unserer Politik und unserer sozialdemokratischen Familie.

Um dies zu erreichen, müssen wir wichtige Schlüsselthemen der Zukunft auf grundlegendere Weise ansprechen, als dies im politischen Alltag möglich ist. Neben der Zukunft der EU selbst, betrifft dies vor allem die Frage, wie technischer Fortschritt (vor allem durch die Digitalisierung) in soziale Fortschritte übersetzt werden kann, wie in Zeiten rascher Änderungen, der soziale Zusammenhalt und die Demokratie gestärkt werden kann und wie wir eine humane und realistische Antwort auf die Herausforderungen von Asyl und Migration finden können. Um eine Diskussion über diese Themen und Fragen anzuregen, wird eine hochrangige SPE-Arbeitsgruppe zur Erneuerung einberufen.

Neben dieser programmatischen Debatte, führen wir auch die strukturelle Stärkung des SPE als Ort für unsere politische Zusammenarbeit fort - auf Ebene der Staats- und Regierungschefs und Ministerinnen und Minister, der SPE-Mitgliedsparteien und -Organisationen, durch die Partnerschaft mit der S&D-Fraktion und FEPS, sowie durch den Austausch und die Einbindung von SPE-Aktivisten und Mitgliedern unserer Parteien. Vor allem setzen wir uns das Ziel, die SPE in die fortschrittlichste

digitale europäische Partei zu entwickeln, indem wir die Verbindung und den Austausch über soziale Medien stärken oder indem wir neue Formen digitaler Beteiligung an politischen Debatten schaffen. Wir beauftragen das SPE-Präsidium, Gespräche über die Möglichkeiten der Einführung einer Doppelmitgliedschaft in der SPE und den SPE-Mitgliedsparteien zu beginnen.

Das SPE-Präsidium hat die Aufgabe, diesen Prozess der Erneuerung unserer Politiken und unserer sozialdemokratischen Familie in enger Zusammenarbeit mit den SPE-Mitgliedsparteien und – Organisationen sowie SPE-Aktivisten, Parteimitgliedern und unseren Partnern in der Gesellschaft einzuleiten. Das Ziel dieses Prozesses ist die Entwicklung erster Vorschläge und Lösungsansätze bis zum nächsten SPE-Kongress im kommenden Jahr.

Zusammen können wir unsere progressive Vorstellung einer besseren europäischen Zukunft verwirklichen. Eine Zukunft, welche sozialen Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung und nachhaltige Umwelt kombiniert, wie es in den Zielen zur Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen festgelegt ist. Eine Zukunft, die von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit bestimmt wird, einer Zukunft, in der unsere Gesellschaften fair und nachhaltig sind, eine Zukunft, in der unsere Kinder in einer gesunden Umwelt aufwachsen können, eine Zukunft, in der unsere Gesellschaften respektvoll mit Bürgerrechten umgehen und ohne Diskriminierung basierend auf Geschlecht, Rasse oder ethnischen Hintergrund, Religion oder Glauben, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung oder jeglicher anderen Form der Diskriminierung auskommen.

Als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas sind wir bereit, die EU-Politik zu erneuern und für die Einlösung dieser Prioritäten einzustehen. Als Sozialistinnen, Sozialisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir bereit, unsere Ideale für alle zur Realität werden zu lassen!